

## Uni: Staffelbach wird neuer Rektor

**LUZERN** fi. Jetzt steht fest, wer in die Fusstapfen von Rektor Paul Richli tritt: Bruno Staffelbach (58, Bild) steht der Universität Luzern per 1. August 2016 für eine Amtszeit von vier Jahren vor. Der Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Zürich ist seit 1992 Inhaber des Lehrstuhls für



Human Resource Management. Der gebürtige Stadtluzerner ist verheiratet, kinderlos und bleibt vorerst in Zürich wohnhaft.

### Früher ein HWV-Dozent

Den Rektorposten habe er nicht aktiv gesucht, sagt Staffelbach auf Anfrage. «Ich habe an der Universität Zürich eine erfüllende Aufgabe, konnte hier in den letzten 23 Jahren etwas aufbauen. Dennoch hat es mich gereizt, nochmals eine neue berufliche Herausforderung anzunehmen, als man mir die Stelle angeboten hat.» Er kehre damit zu seinen Wurzeln zurück. «Denn ich blieb in all den Jahren mit Luzern verbunden.» Er dozierte an der einstigen Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschule in Luzern und war von 2000 bis 2012 Mitglied des Universitätsrats. «Ich habe keineswegs vor, bei Amtsantritt alles auf den Kopf zu stellen. Vielmehr will ich die gesunde Energie dieser Universität nutzen und weiterräumen.»

Brigadier Staffelbach stand 2008 im Gespräch rund um die Nachfolge von Armeechef Roland Nef. Wird sich seine Militärkarriere im Führungsstil widerspiegeln? Staffelbach winkt ab. «Ich war Milizoffizier. Ich weiss, wie wichtig der Einbezug von Menschen ist. Das schönste Uni-Gebäude bringt nichts, wenn Leute fehlen, die darin etwas bewegen wollen.»

### Interne Bewerber fehlten

Wie begehrt das Amt des Rektors war, wird von Seiten Uni nicht kommuniziert. Fest steht nur: Es gingen keine Bewerbungen von Professoren der Uni Luzern ein. Die Findungskommission schlug der Wahlsammlung Kandidaturen vor. Jener gehören Vertreter aus Fakultäten und zentralen Diensten an. Auf Antrag der Wahlsammlung hat der Universitätsrat Staffelbach bestätigt. Er besitze einen «hervorragenden akademischen Leistungsausweis», sagt Bildungsdirektor und Universitätsratspräsident Reto Wyss. Die Wahl eines Wirtschaftswissenschaftlers sei «ein Plus im Hinblick auf den Aufbau der neuen Fakultät».

# Gewerbler bekämpfen Sparplan

**BERUFSBILDUNG** Nicht nur mit Emil hat die Fachklasse Grafik einen zugkräftigen Fürsprecher bekommen. Auch der Gewerbeverband gibt in der Spardiskussion den Tarif durch.

INTERVIEW JÉRÔME MARTINU  
jerome.martinu@luzernerzeitung.ch

Die Offensive der von der Schliessung bedrohten Fachklasse Grafik sorgt weiter für viel Gesprächsstoff. Dies auch darum, weil sich seit der Medienkonferenz vom Dienstagabend auch der einflussreiche Luzerner Gewerbeverband für den Erhalt der Berufsmittelschule starkmacht. Wie Finanzdirektor Marcel Schwerzmann gegenüber unserer Zeitung sagte (Ausgabe vom Mittwoch), sieht die Regierung die Fachklasse Grafik nicht als Pflichtangebot, da es in Luzern bereits ein «breites und qualifiziertes Bildungs- und Ausbildungsangebot im grafischen und im gestalterischen Bereich» gebe. Der Kanton könne sich angesichts der Finanzlage nicht alles leisten.

Wie die Kantonsratsfraktionen von CVP, SVP und FDP gestern auf Anfrage sagten, sind noch keine Positionen pro oder kontra Schliessung bezogen worden. Die SVP hat gestern eine Dringliche Anfrage eingereicht und verlangt Fakten zur Fachklasse. Die GLP ist derzeit tendenziell für den Erhalt. Deziert gegen die Schliessung sind SP und Grüne.

*Gaudenz Zemp, der Luzerner Gewerbeverband mit seinen rund 11 000 Mitgliedern setzt sich für das Fortbestehen der Fachklasse Grafik ein. Sie betonen hierbei, dass die Praxistauglichkeit «ganz im Interesse des Gewerbes» sei. Aber die Grafik-Fachschüler arbeiten nicht in Betrieben, das ist eine Vollzeitmittelschule. Warum also der dezidierte Support des Gewerbeverbandes?*

**Gaudenz Zemp\***: In dieser Branche gibt es leider praktisch keine Lehrstellen. Ohne Fachklasse müssten Sek-Abgänger erst irgendeine Lehre mit Berufsmatura machen, anschliessend einen einjährigen Vorkurs und dann ein Vollzeitstudium von drei Jahren. Das ist einfach keine Alternative zu einer vierjährigen Ausbildung ab Sekundarstufe. Die Schule bietet einen hohen Praxisteil. Nach dem Abschluss sind die Schüler berufsbefähigt und können sofort in den Betrieben eingesetzt werden.

*Gemäss Finanzdirektor Marcel Schwerzmann ist einer der Gründe für die Schliessung, dass sich die grafische Branche weniger stark an der Ausbildung beteiligt als andere Berufsverbände. Ist die Fachklasse Grafik schlicht und einfach zu teuer?*

**Zemp**: Die Schule hat die Kosten innerhalb von wenigen Jahren von 40 000 auf 29 000 Franken pro Schüler gesenkt. Rund 5000 Franken kommen noch vom Bund. Mit netto 24 000 Franken pro Schüler ist ein vernünftiges Kostenniveau erreicht. Es soll aber trotzdem weiter an Kostensenkungen gearbeitet werden.

*Hat es die Grafikbranche zu einfach dank der staatlich finanzierten Berufsausbildung?*

**Zemp**: Wir haben viele Einpersonetriebe in der Branche. Zudem hat sich hier nie ein starker Verband entwickelt. Seit 140 Jahren ist denn auch die Ausbildung über die Schule der Regelweg. Das alles hat zur aktuellen Situation geführt: Es gibt praktisch keine Lehrstellen.

*Entsprechend schlägt die Regierung gemäss einem internen Papier der Bildungsdirektion vor, die wegfallenden Ausbildungsplätze der Fachklasse mit einer Erhöhung des Lehrstellenangebots zu kompensieren.*

**Zemp**: Mehr Lehrstellen wären zwingend nötig. Nur kann der Kanton diese nicht schaffen, das können nur die Betriebe. Da ist die Branche wirklich in der Pflicht.



Sie weibeln für den Erhalt der Fachklasse Grafik Luzern, hier am Dienstagabend im Schulgebäude (von links): Melk Imboden (Förderverein), Peter Dietschi (Modeschule LU-Couture), Kabarettist Emil Steinberger, Vera Bueller (Förderverein), Gaudenz Zemp (Gewerbeverband) und Urband Sager (Mittelschullehrerverband).  
Bild Pius Amrein

## Über 20 Millionen Einsparungen

**BERUFSBILDUNG** jem. Die Sparbemühungen im Bildungs- und Kulturdepartement von Regierungsrat Reto Wyss (CVP) schlagen gemäss der Aufgaben- und Finanzplanung 2016-2019 (AFP) mit insgesamt 68,36 Millionen Franken durch (2016: 13,96 Millionen). Zählt man das von der Regierung prognostizierte Ausgabenwachstum im Bildungsbereich bis 2019 ab, bleiben immer noch über 35 Millionen Franken an Einsparungen.

### Sieben Massnahmen

Bei der Berufs- und Weiterbildung sind allein im kommenden Jahr Einsparungen von insgesamt 4,16 Millionen Franken geplant, wie eine unserer Zeitung vorliegende Zusammenstellung zeigt. Für die Folgejahre bis 2019 sind die jährlichen Einsparungen mit 5,33 Millionen noch höher. Zusam-

mengerechnet sollen bei der Berufs- und Weiterbildung bis 2019 die Ausgaben um insgesamt 20,15 Millionen reduziert werden.

Das sind die geplanten Sparmassnahmen im Bereich Berufs- und Weiterbildung:

- Eine Woche mehr **Ferien** (so wie bei den Gymnasien geplant).
- Eine Lektion mehr **Unterrichtspflicht** für Berufsschullehrer.
- Sukzessive **Schliessung** der Fachklasse Grafik.
- Reduktion der **Anzahl Klassen**.
- Erhöhung des **Schulgeldes** in Fach-, Wirtschafts-, Gesundheitsmittelschule (analog Gymnasien).
- Ein Drittel weniger Beiträge für die **Vorbereitungskurse** zu den Berufs- und höheren Fachprüfungen.
- Kürzung der Beiträge an die allgemeine **Weiterbildung**.

Das braucht aber einen Kulturwandel und sehr viel Zeit. Fällt die Fachklasse weg, so müssten rund 100 Lehrstellen geschaffen werden.

*Mit dem Wegfall der Fachklasse Grafik würden jährlich auch 30 junge Frauen und Männer weniger die Berufsmatura machen. Bildungsdirektor Reto Wyss hat in jüngerer Vergangenheit wiederholt betont, dass der Kanton bei der Berufsmatura Nachholbedarf habe.*

**Zemp**: Damit nicht alle guten Schüler ans Gymnasium gehen, braucht die Lehre für diese Gruppe eine attraktive Perspektive. Da ist die Berufsmatura ein wichtiges Element. Die Quote liegt zurzeit bei zirka 12 Prozent, man hätte sie gerne auf 14 Prozent. Hier sind alle gefordert. Ein Argument für das Weiterführen der Fachklasse ist die Berufsmaturaquote aber nicht.

*Die 48-köpfige Gewerbegruppe im Kantonsrat hat ein Argumentarium*

*gegen die Schliessung der Fachklasse für die Budgetdebatte zusammengestellt. Wie geschlossen sind die Gewerbler für die Beibehaltung der grafischen Berufsmittelschule?*

**Zemp**: Das Argumentarium hält einfach Fakten und die Sicht der KMU-Wirtschaft fest. Alle Mitglieder der Gewerbegruppe sind frei in ihrer Entscheidungsfindung.



«Die Löcher in den Finanzen sind praktisch über Nacht aufgetaucht.»

GAUDENZ ZEMP, DIREKTOR  
LUZERNER GEWERBEVERBAND

*48 Kantonsräte aus CVP, FDP und SVP sind in der Gewerbegruppe, plus die 23 Kantonsräte von SP und Grünen: Damit wäre ein Antrag zur Streichung der Schliessungspläne aus Budget und Aufgaben- und Finanzplan mehrheitsfähig im 120-köpfigen Parlament.*

**Zemp**: Das Geschäft kommt nun zuerst in die Kommissionen. Daraus werden Anträge an den Kantonsrat folgen. Der Ausgang ist offen.

*Es sind noch weitere Sparmassnahmen im Bereich Berufsbildung geplant, bis 2019 schlägt das mit über 20 Millionen Franken durch (siehe*

*Box). Wird der Gewerbeverband alle Massnahmen bekämpfen?*

**Zemp**: Wir stellen fest: 21 Prozent des Budgets im Bildungs- und Kulturdepartement fallen auf die Berufs- und Weiterbildung. Bei den Sparmassnahmen fallen jedoch rund 40 Prozent auf den Berufsbildungsbereich – das ist klar überproportional. Mehr kann ich derzeit dazu nicht sagen. Auch wir sind jetzt aufgrund der knappen Zeit bis zur Budgetdebatte Anfang Dezember daran, die Zahlen im Detail zu prüfen und zu beraten.

*Wie beurteilt der Gewerbeverband die geplanten Sparmassnahmen im Bildungsbereich insgesamt?*

**Zemp**: Die Bildung ist neben Gesundheit/Soziales der grösste Ausgabenbereich. Selbstverständlich müssen auch hier die Strukturen und Leistungen überprüft werden. Ich glaube, wir alle machen immer wieder die Erfahrung, dass auch in der Bildung Sparpotenzial vorhanden ist.

*Und wie stehen die Luzerner Gewerbler zur regierungsrätlichen Finanzplanung bis 2019? Ist die Einnahmesteigerung mittels höherer Steuern für Firmen und/oder Private für Ihren Verband eine Option?*

**Zemp**: Im Moment gibt es eine allgemeine Verunsicherung. Die Löcher in den Finanzen sind ja praktisch über Nacht aufgetaucht. Wir erwarten, dass man jetzt sehr schnell Transparenz und Verlässlichkeit herstellt. Erste Priorität hat für uns ein verbindlicher Aufgaben- und Finanzplan.

\* Der Horwer **Gaudenz Zemp** (52) ist seit August 2014 Direktor des Luzerner Gewerbeverbands, des grössten Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbands im Kanton. Zuvor war er Mitglied der Geschäftsleitung der Hochschule Luzern (HSLU), verantwortlich für Marketing/Kommunikation. Zemp ist seit März 2015 Kantonsrat für die FDP.

## Das Zitat



«Das ist ein Beitrag, der einen Teil der ganzjährigen Arbeit des OK entschädigt.»

Oliver Furrer, OK-Präsident des Luzerner Fests, über die 100 000 Franken, die das OK und das Sekretariat aus den Festeinnahmen erhalten. 27

ANZEIGE

**KANTONSRAT**  
**SCHLÄGT FAMILIEN**  
82 : 24  
**JA**  
GRÜNE  
KANTON LUZERN  
**ZUR INITIATIVE ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN FÜR FAMILIEN**  
www.familienluzern.ch



00251

771421 743005

Heute mit  
STELLENMARKTAZ 6002 Luzern / Fr. 3.50, € 4.- / Nr. 251  
Freitag, 30. Oktober 2015NEUE  
LUZERNER ZEITUNG

Jeder braucht ein Schutzensgeli



Bachmann

www.schutzensgeli.ch

**Stress** Wie wir das unliebsame Gefühl für unser Glück nutzen können. 13**Sturz** Kunstturnerin Giulia Steingruber wird an der WM in Glasgow nach einem Sturz Mehrkampf-Fünfte. 36Sparbudget:  
Gewerbe alarmiert

**LUZERN** jem. In der Luzerner Berufs- und Weiterbildung soll nicht nur bei der Fachklasse Grafik der Rotstift angesetzt werden: Über 20 Millionen Franken will die Regierung bis 2019 insgesamt in diesem Bereich einsparen. Der Luzerner Gewerbeverband, mit seinen rund 11 000 Mitgliedern der grösste Arbeitgeberverband des Kantons, ist alarmiert. 21 Prozent des Bildungsbudgets würden auf die Berufs- und Weiterbildung fallen. «Bei den Sparmassnahmen fallen jedoch rund 40 Prozent auf diesen Bereich – das ist klar überproportional», sagt Direktor Gaudenz Zemp im Interview. 23

Staatsanwalt  
soll in Ausstand

**FALL WALKER** red. Benjamin Schindler, Rechtsprofessor an der Universität St. Gallen, übt harte Kritik am Vorgehen der Urner Staatsanwaltschaft im Fall Walker. Der zuständige Oberstaatsanwalt Thomas Imholz habe ein «massives Glaubwürdigkeitsproblem». Es sei nicht klar, ob Imholz seiner Aufgabe als Ankläger von Ignaz Walker noch nachkommen könne oder ob er nur noch mit der Verteidigung seiner selbst beschäftigt sei. Imholz müsse jetzt darum in den Ausstand treten. «Es braucht einen anderen, unbefangenen Staatsanwalt, der den Prozess weiterführt», so der Rechtsprofessor. 31

Trendwende  
bei Immobilien

**WOHNEN** sda/red. Bei den angebotenen Miet- und Eigentumswohnungen zeichnet sich im nächsten Jahr eine Trendwende ab: Beides soll erstmals seit der Jahrtausendwende günstiger werden – wobei die Preisrückgänge vorerst aber nur gering sind. So prognostiziert das Beratungsunternehmen Wüest & Partner für 2016 einen Rückgang der Mieten für angebotene Wohnungen um 0,3 Prozent. Eigentumswohnungen sollen um 0,6 Prozent günstiger werden. In der Zentralschweiz kommen die sinkenden Preise 2016 indes noch nicht an, wie Robert Weinert von Wüest & Partner erklärt. **Kommentar 5. Spalte** 3

USA im Streit mit LUKB:  
11 Millionen Dollar Busse

**STEUERSTREIT** Die Luzerner Kantonalbank hat sich mit dem US-Justizministerium geeinigt. Auf das Geschäftsergebnis soll die 11-Millionen-Dollar-Busse keinen Einfluss haben.

sda. Vier weitere Schweizer Banken haben sich mit dem amerikanischen Justizministerium (DoJ) im Steuerstreit geeinigt. Die Luzerner Kantonalbank (LUKB), die Habbib Bank AG Zürich, die Banque Heritage und die Hyposwiss Private Bank Genf bezahlen zusammen Bussen in der Höhe von über 25 Millionen US-Dollar, wie das amerikanische Justizministerium gestern mitteilte. Die LUKB hat gemäss diesen Angaben seit

**«Das US-Geschäft stand geschäftspolitisch nie im Fokus der Luzerner Kantonalbank.»**AUS DER MEDIENMITTEILUNG  
DER LUZERNER  
KANTONALBANK

August 2008 insgesamt 595 Konten mit US-Bezug mit einem Gesamtwert von rund 300 Millionen Dollar verwaltet. Sie zahlt eine Busse von 11,031 Millionen Dollar.

**«Gute Kooperation»**

Die Zahlung werde keinen Einfluss auf das Resultat des laufenden Geschäftsjahres haben, da die Luzerner Kantonalbank bereits 2013 entsprechende Rückstellungen vorgenommen habe, teilte die Kantonalbank ihrerseits am Donnerstagabend mit.

Das amerikanische Justizministerium attestierte der LUKB gemäss eigenen Angaben «eine gute Kooperation». «Das US-Geschäft stand geschäftspolitisch nie im Fokus der Luzerner Kantonalbank», schreibt die Bank in ihrer Mitteilung. 15

## KOMMENTAR

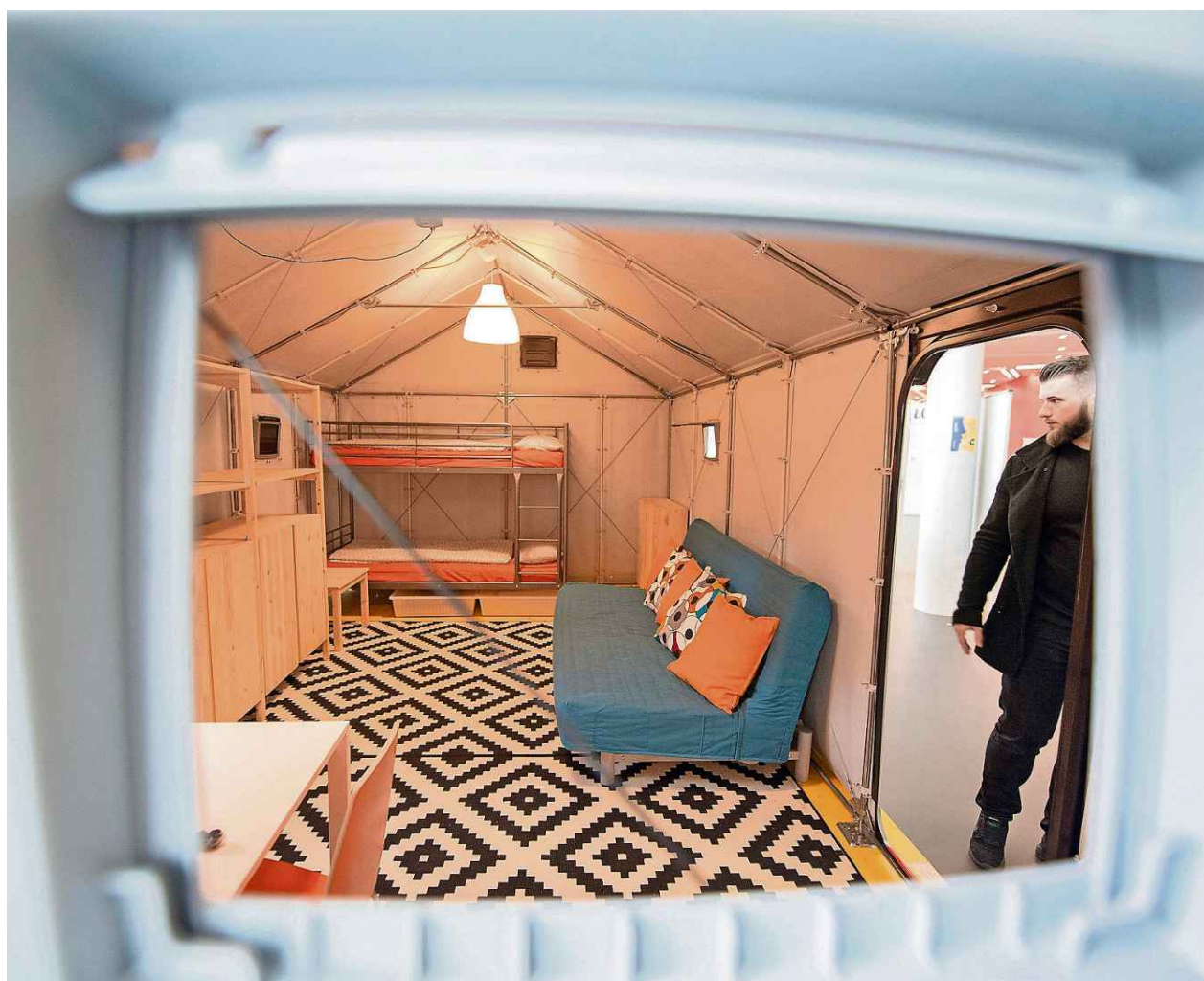
## Der Boom geht zu Ende

**D**ie Gefahr einer Immobilienblase scheint fürs Erste gebannt zu sein. Der Immobilien dienstleister Wüest & Partner sagt für das kommende Jahr stagnierende Preise bei Wohneigentum und Neumieten voraus. Die UBS erkennt selbst in den Brennpunkten Genf und Zürich eine Beruhigung.

Die Anzeichen für ein glückliches Ende des langen Immobilienbooms mehren sich. Ob es wirklich so kommt, wird sich freilich erst schlüssig weisen, wenn die historisch tiefen Hypothekarzinsen steigen. Bis dahin dauert es noch eine Zeit lang.

Die sich abzeichnende Entwicklung macht zweierlei deutlich: Der freie Markt ist in der Lage, den Bedürfnissen von Wohneigentumskäufern und Mietern gerecht zu werden. Und die staatlichen Regeln zur Eindämmung der Blasengefahr verfehlen ihre Wirkung nicht. Der Bundesrat, die Nationalbank und die Finanzaufsichtsbehörde hatten das richtige Gespür, als sie bereits vor zwei, drei Jahren 10 Prozent hartes Eigenkapital, kürzere Amortisationszeiten bei den Immobilienkäufern sowie einen grösseren Kapitalpuffer bei den Banken durchsetzten.

Sollte sich das Immobiliengeschäft auch dann noch als robust erweisen, wenn die Zinsen nach oben deuten, ist aber die Zeit gekommen, die Regulatorien über Bord zu werfen. Mit den staatlichen Beschränkungen verhält es sich nämlich wie mit den Steuern: Sind sie einmal eingeführt, bringt man sie fast nicht mehr weg, auch wenn sie sich längst zu einem Hemmschuh entwickelt haben. Der Immobilienmarkt ist ohnehin stark reguliert, angefangen bei der Finanzierung bis hin zu den komplexen Bauordnungen.

RAINER RICKENBACH  
rainer.rickenbach@luzernerzeitung.ch

## 1200 Franken für eine Asylhütte

Der Kanton Aargau will rund 300 Asylbewerber in 200 Selbstbauhütten der Ikea-Stiftung unterbringen. Diese unbeheizbaren «Shelters» (Bild) kosten 1200 Franken pro Stück und sollen vor allem in Hallen aufgestellt werden. In Luzern hat man indes ein Pilotprojekt lanciert, um Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu integrieren. Key/Urs Flüeler 4/29

## ANZEIGE

**Zahnarzt Team Luzern**  
Wir verstehen Ihre Zähne  
Winkelriedstrasse 37 · 6003 Luzern  
Tel 041 210 58 58 · www.ztlu.ch

## ANZEIGE

**FDP Die Liberalen**  
AM 15. NOVEMBER  
**DAMIAN MÜLLER**  
IN DEN STÄNDERAT!  
Ihre Stimme zählt!  
**PACKT AN. SETZT UM.** damian-mueller.ch

## INHALT

Agenda	40-41	Kultur	9	TV/Radio	38
Börse	16	Ratgeber	34	Unterhaltung	12
Forum	14	Todesanzeigen	10-11	Wetter	34